

WUSSTEN SIE, DASS

sich bereits über 30 Gemeinden – darunter auch die Bundeshauptstadt Wien sowie Linz – gegen die Bespitzelungsbestimmungen im Militärbefugnisgesetz ausgesprochen haben? Purkersdorf war mit seinem weithin beachteten Gemeinderatsbeschluss vom März dieses Jahres der unmittelbare Beispielgeber. Die Gemeinden haben sich per Gemeinderatsbeschlüsse gegen eine willfähige Kooperation mit den Heeresgeheimdiensten ausgesprochen oder haben ihre schweren Bedenken an den Nationalrat herangetragen. In fünf Gemeinden scheiterten entsprechende Anträge an Mehrheiten der Regierungsparteien.

*Initiative von
LIB-GR Dr. Ingo Riß
hat Erfolg in ganz Österreich:
Gemeindestuben werden
keine Fälscherwerkstätten
und Spitzeldrehscheiben*

Wie aktuell leider Bespitzelung, Weitergabe von Daten an ausländische Stellen und Datenmissbrauch allgemein sind, hat zuletzt wieder die Volxtheater-Geschichte gezeigt.

Die von der Regierung abgesegneten Geheimdienstwünsche auf Bespitzelungshilfe und Ausstellen von Falschdokumenten stoßen immer mehr auf empörte Ablehnung. Die Ereignisse in den USA zeigen überdies, dass auch die überreichlichst mit Geld, Personal und Technik ausgestatteten Geheimdienste versagen (können). Wir brauchen keinen Staat im Staat. Nicht mehr Bespitzelung, sonder mehr Demokratie und Mitwirkung am sozialen Ausgleich weltweit muss unser Motto sein.

Alle Infos dazu auf www.friwe.at ☐

Haus zu verkaufen

In Wohnprojekt am Sagberg,
108 m² Wohnnutzfläche,
Veranda, Wintergarten,
Lehmofen, offener Kamin,
Grander-Wasser, Garten,
Gemeinschaftsraum, Sauna.
Tel.: 0664/19 12 676

Schädigung der Gemeinde durch überhöhte Finanzierungszinsen!

Abrechnung des Bauvorhabens Feuerwehrhaus immer noch im Unklaren

Nachdem der Prüfungsausschuss vor dem Sommer aufgedeckt hat, dass der Bauführer Wien-Süd von den bausausführenden Unternehmen gewährte Skonti nicht der Gemeinde weiterverrechnet und daher zu hohe Beträge vom Leasing-Konto abgebucht hatte, erklärte sich Wien-Süd bereit, die Differenzsumme von immerhin über einer Million Schilling zu refundieren.

Weiterhin strittig verbleibt allerdings jener (Schadens-)Betrag, der der Gemeinde in Form von erhöhten Zinsenkosten erwachsen ist. Durch die nicht zeitgerechte Gutschreibung der Skonti musste die Gemeinde für

**von Dr. Ingo Riß,
stv. Vorsitzender
des Prüfungsausschusses**



zahlung der Zinsenkosten ersparen können.

LIB GR Dr. Ingo Riß stellte am 26.9.01 folgende Anfrage. Sie wurde dort nicht beantwortet, eine schriftliche Beantwortung für die nächsten Tage jedoch zugesagt (bis Redaktionsschluss noch nicht eingetroffen).



30 Meter Asphalt um 400.000 Schilling? Die Antwort steht noch aus

höheren Finanzierungszinsen aufkommen. Nach einer neuen Berechnung der Stadtverwaltung über Anregung des Prüfungsausschusses betragen die überhöhten Zinsenkosten 196.279 Schilling! Wien-Süd ist aber lediglich bereit, einen Schadenersatz von 38.393 Schilling zu leisten.

Der Prüfungsausschuss hat bei der Stadtverwaltung dringlich angeregt, diesen Sachverhalt mit Wien-Süd abzuklären und die überhöhten Zinsenkosten einzufordern.

Eine Frage bleibt dabei allerdings unbeantwortet:

Warum fiel erst dem Prüfungsausschuss der Fehler mit der Skonti-Verrechnung auf und nicht schon der Stadtverwaltung? Dann hätte man sich die Mühen um die Einförde-

„Im Sommer wurde am Sagberg der Beginn der Mozartgasse asphaltiert. Länge des neuen Belages schätzungsweise ganze 30 Meter (eine Anrainergrundstückslänge), Kosten kolportierte ATS 400.000,- (ohne Schwelle)! Zum Vergleich: Die Sanierung der gesamten Mozartgasse war mit ATS 800.000,- veranschlagt.

Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten? Wurde das Bauvorhaben ausgeschrieben? Allenfalls wie? Wurde das Anbot preislich geprüft? Wurden in der (Schluss)Rechnung die Aufmaße und Preise geprüft? Wer gab die Zahlungsanweisung? Waren die Arbeiten zwingend erforderlich? Ist die Maßnahme durch einen ordnungsgemäßen politischen Beschluss gedeckt?“ ☐